

# Wahlanalyse

## Bürgerschaftswahl in Hamburg am 23. Februar 2020

---

**Vorläufiges Wahlergebnis**

*Sabine Pokorny*



## Inhaltsverzeichnis

<b>Die Bürgerschaftswahl in Hamburg</b>	<b>3</b>
1. Das Wahlergebnis in Hamburg .....	3
2. Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Hamburg .....	4
3. Wählerwanderung und Sozialstruktur .....	6

## Die Bürgerschaftswahl in Hamburg

### 1. Das Wahlergebnis in Hamburg<sup>1</sup>

Das **Wahlrecht** in Hamburg weist einige Besonderheiten auf. In Hamburg sind Bürger ab 16 Jahre wahlberechtigt. Jeder Wähler hat zehn Stimmen. Davon können fünf auf die Kandidaten im Wahlkreis und fünf Stimmen auf die Kandidaten der Landeslisten verteilt werden. Dabei ist es jeweils möglich, die Stimmen beliebig aufzuteilen (entweder auf einen oder mehrere Kandidaten oder auf eine oder mehrere Parteien). Deshalb sind Stimmen, welche die Parteien erhalten, nicht mit der Wähleranzahl gleichzusetzen, da jeder Wähler bis zu zehn Stimmen verteilen kann.

Auch wenn eine Partei nicht über die Fünf-Prozent-Hürde kommt, ist es möglich, dass sie Mandate erhält: Die Wahlkreissitze werden an die Bewerber mit den meisten Stimmen vergeben.<sup>2</sup> Dadurch können sowohl Einzelbewerber als auch Kandidaten von Parteien in die Bürgerschaft einziehen, welche die Fünf-Prozent-Hürde verfehlen.

Das Wahlrecht macht die Auszählung aufwendig. Zunächst werden die Listenstimmen ausgezählt, anschließend die Kandidatenstimmen. Exakte Prognosen sind daher unmittelbar nach der Wahl schwierig. Abweichungen vom Ergebnis sind den Meinungsforschungsinstituten nicht anzulasten. Bis zum endgültigen Endergebnis kann es noch zu Veränderungen kommen, die sogar mehrere Prozentpunkte betragen können. Es kann einige Tage dauern, bis feststeht, welche Kandidaten ein Mandat erhalten.<sup>3</sup>

Wie schon bei den vorangegangenen Landtagswahlen in anderen Bundesländern ist auch in Hamburg die **Wahlbeteiligung** gestiegen. 63,2 Prozent der Wahlberechtigten haben ihre Stimme abgegeben. Das entspricht einem Plus von 6,7 Punkten.

Die **SPD** erzielt 39,2 Prozent. Gegenüber 2015 verliert sie 6,4 Punkte und 20.176 Stimmen. Dennoch wird sie klar stärkste Kraft mit 54 Sitzen in der Hamburger Bürgerschaft (-4).

Zweitstärkste Kraft werden die **Grünen** mit 24,2 Prozent. Sie gewinnen mit einem Plus von 11,9 Punkten deutlich hinzu. Das entspricht einem absoluten Zuwachs von 547.648 Stimmen. Bei Bürgerschaftswahlen in Hamburg sind Zugewinne und Verluste von über 10 Prozentpunkten nicht ungewöhnlich. 2004 hat die CDU 21 Punkte hinzugewonnen, 2011 verbuchte die SPD einen Zuwachs von 14,3 Punkten, um nur zwei Beispiele zu nennen. Beide Parteien verloren aber auch schon im zweistelligen Bereich. Die Grünen werden in der neuen Bürgerschaft mit 33 Abgeordneten vertreten sein (+18).

Die **CDU** wird mit 11,2 Prozent drittstärkste Kraft. Sie verliert 4,7 Punkte und 109.005 Stimmen. Damit bekommt sie 15 Sitze (-5). Der Spitzenkandidat der CDU, Marcus Weinberg, zieht trotz Listenplatz 1 nicht in die Hamburger Bürgerschaft ein. Die Union holt alle Mandate direkt über die Wahlkreise.

Die **Linke** kann leicht hinzugewinnen (+0,6 Punkte, +67.904 Stimmen) und erzielt 9,1 Prozent. Damit zieht sie zum vierten Mal in Folge klar in die Bürgerschaft ein. Die Linke entsendet 13 Abgeordnete (+2).

Der **AFD** gelingt nach 2015 erneut der Einzug in die Bürgerschaft. Sie erzielt 5,3 Prozent der Stimmen und verliert damit leicht (-0,8 Punkte, -237 Stimmen). Sie erhält damit 7 Mandate (-1).

Die **FDP** scheitert mit 4,9 Prozent knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Sie verliert 2,5 Punkte (-60.995 Stimmen). Die FDP hat schon mehrfach den Einzug ins Hamburger Parlament verpasst, zuletzt 2008.

Dennoch werden die Liberalen mit einem Mandat (-8) im Parlament vertreten sein, da ihre Spitzenkandidatin Anna von Treuenfels-Frowein über den Wahlkreis direkt einzieht.

## 2. Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Hamburg

Auch bei dieser Wahl ist ein längerfristiger Trend nicht zu übersehen: Die Bedingungen für Parteien variieren von Bundesland zu Bundesland erheblich. Dies führt dazu, dass die Ergebnisse auf Landesebene von der Bundesebene stark abweichen. Es gibt in fast jedem Land eine andere Partei, welche eine dominante Stellung im Parteiensystem einnimmt. Nur ist die Vielfalt enorm und reicht von der SPD (Rheinland-Pfalz), über die Grünen (Baden-Württemberg) zur CDU und CSU (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern). Auch die Stärke der AfD ist keine einheitliche Größe. Im Norden und Westen bleibt sie unter dem bundesweiten Durchschnitt, während es ihr in den ostdeutschen Ländern gelingt, ihre bisherigen Hochburgen auszubauen.<sup>4</sup>

Diese Vielfalt spiegelt sich in den Wahlergebnissen der letzten vier Wahlen wider: In Sachsen ist die CDU, in Thüringen die Linke und in Brandenburg und Hamburg die SPD stärkste Partei. In diesen Ländern konnten die jeweiligen Ministerpräsidenten von ihrem Amtsbonus profitieren und ihre jeweilige Partei damit zur stärksten Kraft machen. Insgesamt ist die Konzentration der Wähler auf die Amtsinhaber stark ausgeprägt.<sup>5</sup>

Anders als in anderen Bundesländern gibt es in Hamburg keine schwierigen Mehrheitsverhältnisse. Entgegen des Trends der letzten Landtagswahlen gibt es sogar zwei Optionen für eine Zweier-Koalition: Sowohl eine Koalition aus SPD und Grünen als auch aus SPD und CDU kämen auf die erforderliche Mehrheit.

Die Umfragewerte machten früh deutlich, dass es in Hamburg um ein Duell zwischen SPD und Grünen gehen würde und die anderen Parteien eine untergeordnete Rolle bei der Frage, wer den Ersten Bürgermeister stellt, spielen würden. Noch Anfang Januar lagen SPD und Grüne in den Umfragen gleichauf. Die CDU lag bei 15 Prozent, die FDP bei 7. Doch dann legte die SPD kontinuierlich um insgesamt 10 Prozentpunkte zu, Grüne, CDU und FDP verloren. Union und FDP verloren aufgrund des bereits niedrigen Niveaus eher langsam. Seit Anfang Februar (Feldzeit 30.01.-04.02.) lag die CDU in den Umfragen von Infratest dimap bei 14 Prozent, Mitte Februar bei 14 (Infratest dimap) bzw. 13 und in der Woche vor der Wahl nur noch bei 12 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). Die FDP kam Ende Januar auf 6, Anfang Februar (Feldzeit 30.01.-04.02.) schon nur auf 5 Prozent (Infratest dimap). Spätestens da war klar, dass es für die Liberalen knapp werden würde.

Die Grünen verloren im Laufe des Wahlkampfes wesentlich stärker an Zustimmung. Lagen sie Anfang Januar noch bei 29 Prozent, waren es Mitte Februar nur noch 23 (Infratest dimap). Dennoch erzielten die Grünen ihr bislang bestes Ergebnis in Hamburg mit deutlichen Zugewinnen. Die klare Mehrheit von Rot-Grün ist der hohen Zufriedenheit mit der Arbeit des Senats geschuldet. Zwei Drittel der Wähler sind mit dem Senat zufrieden. Die Zufriedenheit geht dabei über das rot-grüne Lager hinaus: Selbst 59 Prozent der CDU und 48 Prozent der FDP-Wähler zeigen sich zufrieden mit der Arbeit des Senats (Infratest dimap). Entsprechend gab es im Vorfeld der Wahl auch keine Wechselstimmung. 61 Prozent befürworteten eine Koalition aus SPD und Grünen. Koalitionen aus SPD und CDU oder Grünen und CDU finden nur bei 28 Prozent Zustimmung (Forschungsgruppe Wahlen).

Darüber hinaus sind 86 Prozent mit der wirtschaftlichen Lage zufrieden (Infratest dimap), 72 Prozent halten die Wirtschaft in Hamburg für besser als in anderen westdeutschen Bundesländern und weitere 65 Prozent finden, Hamburg sei gut auf die Zukunft vorbereitet (Forschungsgruppe Wahlen).

Dass die Grünen am Ende doch deutlich hinter der SPD ins Ziel gehen, liegt vor allem am SPD-Kandidaten Peter Tschentscher. 57 Prozent der Hamburger sprechen sich für ihn als Bürgermeister aus, nur 27 Prozent für Katharina Fegebank von den Grünen. Auch unter den Anhängern von CDU, FDP und AfD bevorzugen rund zwei Drittel Tschentscher gegenüber Fegebank als Bürgermeister. Lediglich bei den Anhängern von Grünen und Linken fallen die Werte deutlich geringer aus. Zudem meinen 79 Prozent, Tschentscher mache seine Sache als Erster Bürgermeister gut. Das ist im Vergleich mit anderen Ministerpräsidenten ein sehr guter Wert. Diese Meinung findet in allen Anhängerschaften mehrheitlich Zustimmung, auch unter den Anhängern der Union (78 Prozent), der FDP (80 Prozent) und der AfD (53 Prozent; Forschungsgruppe Wahlen). Auch in der Zufriedenheit mit der politischen Arbeit liegt Tschentscher (67 Prozent) vor Fegebank (50 Prozent; Infratest dimap). Ähnlich verhält es sich mit den Kandidateneigenschaften. Viele Wähler sehen keinen Unterschied zwischen dem Amtsinhaber und der Herausforderin in Bezug auf Sympathie, Glaubwürdigkeit und Sachverstand. Wenn aber einer punkten kann, dann Tschentscher. 31 Prozent halten ihn für sympathischer, nur 21 Prozent denken das von Fegebank. 28 Prozent meinen, der Amtsinhaber sei glaubwürdiger (11 Prozent für Fegebank) und ganze 38 Prozent attestieren ihm mehr Sachverstand (4 Prozent für Fegebank; Forschungsgruppe Wahlen).

Auch auf einer Skala von +5 bis -5 liegt Tschentscher mit 2,7 vor Fegebank, die auf 1,7 kommt. Damit hat der SPD-Kandidat es geschafft, denselben Beliebtheitswert wie Olaf Scholz 2015 zu erreichen. Unter den eigenen Anhängern erhält Tschentscher einen sehr guten Wert von 3,8, aber selbst bei den Anhängern der Grünen erreicht er 2,5 und bei CDU- und FDP-Anhängern jeweils 2,2. Fegebank dagegen kann selbst bei den eigenen Anhängern mit 3,2 nicht mit Tschentscher bei seinen Anhängern mithalten. Zusätzlich wird Tschentscher leicht besser bewertet als seine Partei (2,5), während Fegebank ganz knapp hinter ihrer Partei (1,8) landet. Zusätzlich kann die SPD in Hamburg sich von der Bundespartei absetzen, die nur auf einen Beliebtheitswert von 1,0 kommt (Forschungsgruppe Wahlen).

Marcus Weinberg von der CDU liegt mit einem Wert von 0,4 deutlich hinter Tschentscher und Fegebank. Auch bei den eigenen Anhängern erzielt er mit 1,8 einen schlechteren Wert. Allerdings wird er besser bewertet als die CDU in Hamburg, die im Mittel auf einen Beliebtheitswert von 0 kommt und damit schlechter bewertet wird als die CDU im Bund (0,6). Die CDU ist damit die einzige Oppositionspartei, deren Bewertung nicht im negativen Bereich liegt. Im Gegensatz dazu werden die Linken (-0,3), die FDP (-0,7) und am deutlichsten die AfD (-4,0) negativ bewertet. Die AfD wird von allen Anhängern deutlich im negativen Bereich gesehen. Einzig die AfD-Anhänger bewerten ihre Partei mit 2,4 deutlich positiver (Forschungsgruppe Wahlen).

Je nach Umfrageinstitut findet sich eine unterschiedliche Reihenfolge der wichtigsten Themen und Probleme in Hamburg. In den Daten der Forschungsgruppe Wahlen liegt bei den wichtigsten Problemen der Bereich Verkehr mit 62 Prozent auf Platz eins, gefolgt von Mieten/Wohnungsmarkt mit 39 Prozent. Auf Platz drei befindet sich der Komplex Klima/Umwelt/Energie. Schule/Bildung (11 Prozent) und Ausländer/Flüchtlinge (4 Prozent) spielen eine untergeordnete Rolle (Forschungsgruppe Wahlen). In den Daten von Infratest dimap liegt hingegen das Thema Umwelt/Klima mit 21 Prozent vor den Bereichen Verkehr/Infrastruktur, Bildung, Soziale Sicherheit (je 16 Prozent) sowie Wohnen/Mieten (15 Prozent). Das Thema Zuwanderung ist auch in diesen Daten von geringerer Bedeutung (5 Prozent; Infratest dimap).

Bei den Parteikompetenzen kann überwiegend die SPD überzeugen. Sie liegt vorn in den Bereichen Soziale Probleme (44 Prozent), Wohnungsmarkt (39 Prozent), Schule/Bildung (39 Prozent) und Ausländer (30 Prozent). Selbst in den Bereichen Wirtschaft und Kriminalitätsbekämpfung, keine klassischen Kernkompetenzen der SPD, liegen die Sozialdemokraten vor allen anderen Parteien mit 44 und 36 Prozent. Die Union kommt nur auf 18 Prozent Kompetenzzuschreibung im Bereich Wirtschaft und 24 Prozent in der Kriminalitätsbekämpfung (Forschungsgruppe Wahlen). In der Wahltagsbefragung

von Infratest dimap fallen die Kompetenzwerte der CDU leicht höher aus, liegen aber vor allem bei der Wirtschaft und den Arbeitsplätzen deutlich hinter den Werten der SPD. Die Grünen werden vor allem in den Bereichen Klimaschutz (60 Prozent) und Verkehr (36 Prozent) als kompetent wahrgenommen. Bei der allgemeinen Zukunftskompetenz, die häufig einen großen Einfluss auf die Wahlentscheidung hat, führt die SPD mit 37 Prozent vor den Grünen mit 20 Prozent. Der CDU trauen nur 11 Prozent der Wähler zu, die zukünftigen Probleme Hamburgs zu lösen (Forschungsgruppe Wahlen). Auch in den Daten von Infratest dimap liegt die SPD in vielen Kompetenzbereichen deutlich vor den Grünen, die vor allem bei ihrem Kernthema Umwelt- und Klimapolitik punkten können (60 Prozent).

Die Kompetenzen der Linken werden vor allem in den Bereichen bezahlbarer Wohnraum (20 Prozent) und Soziale Gerechtigkeit (19 Prozent; Infratest dimap) bzw. Soziale Probleme (17 Prozent) und Wohnungsmarkt (12 Prozent) verortet (Forschungsgruppe Wahlen). Das Kompetenzprofil der FDP ist sehr gering ausgeprägt. Ihr wird einzig eine gewisse Wirtschaftskompetenz zugeschrieben (11 Prozent). Am geringsten ausgeprägt ist das Profil der AfD. Ihre geringen Kompetenzen liegen in der Kriminalitätsbekämpfung (7 Prozent) und der Asyl- und Flüchtlingspolitik (6 Prozent; Infratest dimap).

Auch in der Frage, welche Partei in Hamburg am ehesten für eine moderne Großstadtpolitik stehe, sind die Ergebnisse eindeutig. 40 Prozent sehen die SPD in Hamburg als moderne Großstadtpartei, 25 Prozent meinen das von den Grünen. Die CDU liegt mit 11 Prozent abgeschlagen auf Rang drei (Forschungsgruppe Wahlen).

Wie schon bei der Bürgerschaftswahl 2015 ist auch dieses Mal in Hamburg eine „Wohlfühlstimmung“<sup>6</sup> sichtbar. Man ist zufrieden mit der Wirtschaft, der Arbeit des Senats und der Regierungsparteien sowie dem Ersten Bürgermeister. Es können keine Rückschlüsse auf den Bund oder auf andere Wahlen gezogen werden, da spezifische Bedingungen gelten, die nicht übertragbar sind. So geben auch 71 Prozent der Hamburger an, für ihre Wahlentscheidung sei die Politik in Hamburg wichtiger als die Politik im Bund (Forschungsgruppe Wahlen).

### 3. Wählerwanderung und Sozialstruktur<sup>7</sup>

Die **SPD** kann deutlich ehemalige Nichtwähler mobilisieren. 33 Tsd. frühere Nichtwähler stimmen nun für die Sozialdemokraten. Damit mobilisiert die SPD von allen Parteien am stärksten aus dem Lager der Nichtwähler. Von der CDU (+7 Tsd.) und der FDP (+3 Tsd.) kann sie ebenfalls Wähler hinzugewinnen. Dagegen verliert die SPD vor allem an die Grünen. 27 Tsd. Wähler sind von den Sozialdemokraten zu den Grünen gewechselt. Zusätzlich verliert sie Tausend Wähler an die Linke und 5 Tsd. an die sonstigen Parteien. Zwischen SPD und AfD halten sich Zu- und Abstrom die Waage.

Die SPD verliert vor allem bei jüngeren Wählern. Am besten schneidet sie bei den Wählern über 60 Jahren ab, hier gewinnt sie sogar leicht hinzu. Zusätzlich wird die SPD deutlich überdurchschnittlich von Menschen mit Hauptschulabschluss gewählt.

Die **Grünen** können aus allen anderen Lagern Wähler hinzugewinnen. Am stärksten gewinnen sie aus dem Nichtwählerlager hinzu. 28 Tsd. ehemalige Nichtwähler wählen jetzt die Grünen. Zusätzlich machen 27 Tsd. ehemalige SPD-Wähler nun ihr Kreuz bei den Grünen. 9 Tsd. Wähler kommen von der CDU, je 4 Tsd. von FDP und Linke sowie Tausend von der AfD.

Bei den Grünen verhält es sich genau umgekehrt zur SPD: Die Grünen werden überdurchschnittlich von jüngeren gewählt und verzeichnen in den Altersgruppen bis 44 Jahren auch die höchsten Zuwächse. Zudem schneiden die Grünen besonders gut ab unter Wählern mit hohem formalem Bildungsabschluss. Unter Wählern mit Abitur liegt der Grünen-Anteil bei 28 Prozent und unter Wählern

mit Hochschulabschluss bei 33 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). In diesen Gruppen haben die Grünen auch überdurchschnittlich stark hinzugewonnen.

Die **CDU** gewinnt lediglich aus dem Nichtwählerlager (+7 Tsd.) sowie von der FDP Wähler (+2 Tsd.) hinzu. An die anderen Parteien außer die Linke (hier findet kein Wähler austausch statt) verliert die CDU Wähler. 9 Tsd. Wähler wechseln zu den Grünen, 7 Tsd. zur SPD und Tausend zur AfD.

Die CDU verliert in allen Alters- und Bildungsgruppen. Wie auch bei anderen Wahlen schneidet die Union am besten unter den über 60-jährigen und am schlechtesten unter den unter 30-jährigen Wählern ab.

Die **Linke** kann ebenfalls von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren. 9 Tsd. ehemalige Nichtwähler stimmen nun für die Linke. Zusätzlich kommen Tausend Wähler von der SPD. Dagegen verliert die Linke 4 Tsd. Wähler an die Grünen. Zwischen der Partei Die Linke und CDU, FDP und AfD findet kein Wähler austausch statt.

Die Linke schneidet ähnlich wie die Grünen unter den jüngeren und den formal höher gebildeten Wählern besser ab.

Auch die **AfD** mobilisiert ehemalige Nichtwähler, wenn auch schwächer als alle anderen Parteien. Sie kann lediglich 3 Tsd. ehemalige Nichtwähler von sich überzeugen. Zusätzlich wandern Tausend ehemalige CDU-Wähler zur AfD. An die Grünen verliert die AfD hingegen Tausend Wähler. Zwischen AfD und SPD sowie FDP halten sich Zu- und Abstrom die Waage, während es zwischen AfD und Linke keinen Austausch gibt. Damit weist die AfD die geringsten Wählerströme auf.

Wie schon bei anderen Wahlen wird die AfD leicht überdurchschnittlich von Wählern mittleren Alters und niedrigem bis mittlerem formalem Bildungsabschluss gewählt. Zusätzlich ist die AfD bei Männern stärker als bei Frauen. Auch unter Arbeitern schneidet sie deutlich überdurchschnittlich ab.

Die **FDP** kann lediglich aus dem Nichtwählerlager Wähler hinzugewinnen. In alle Richtungen gibt sie Wähler ab bzw. zur AfD gleichen sich die Wanderungen aus und mit der Linken gibt es keinen Austausch. Die FDP verliert 4 Tsd. Wähler an die Grünen, 3 Tsd. an die SPD und 2 Tsd. an die CDU.

Die FDP verliert in nahezu allen Gruppen. Sie wird leicht überdurchschnittlich von Männern und formal höher Gebildeten gewählt.

---

<sup>1</sup> Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellten. Die Darstellung des Wahlergebnisses bezieht sich auf das vorläufige amtliche Wahlergebnis.

<sup>2</sup> Die Bürgerschaft besteht aus 121 Sitzen, von denen jetzt 71 Mandate in 17 Mehrmandatswahlkreisen über offene Listen vergeben werden. 50 Mandate werden über offene Landeslisten der Parteien vergeben. Je nach Größe der 17 Wahlkreise können zwischen drei und fünf Sitze vergeben werden. Überhang- und Ausgleichmandate sind möglich. Die neue Bürgerschaft wird 123 Sitze aufweisen.

<sup>3</sup> Vgl. Neu, Viola, 2015: Bürgerschaftswahl in Hamburg am 15. Februar 2015. Wahlanalyse.

<sup>4</sup> Neu, Viola, 2019: Die Landtagswahl in Thüringen am 27. Oktober 2019. Wahlanalyse.

<sup>5</sup> Neu, Viola, 2019: Die Landtagswahl in Thüringen am 27. Oktober 2019. Wahlanalyse.

<sup>6</sup> Neu, Viola, 2015: Bürgerschaftswahl in Hamburg am 15. Februar 2015. Wahlanalyse. S. 7.

<sup>7</sup> Die Daten der Wählerwanderung beziehen sich ausschließlich auf Daten von Infratest dimap.

## Impressum

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

#### Dr. Sabine Pokorny

Wahl- und Sozialforschung  
Hauptabteilung Analyse und Beratung  
T +49 30 / 26 996-3544  
sabine.pokorny@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020, Berlin  
Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)